Neuanfang unter Schwarz-Gelb:

Zahnärzte sehen nach Wahlergebnis Zeit für Reformen

Mit dem Ausgang der jüngsten Bundestagswahl mit einer Mehrheit für Schwarz-Gelb keimt auch bei den deutschen Zahnärzten Hoffnung auf: Quer durch die Republik wurden kurz nach Verkündung des Wahlergebnisses dringend notwendige Reformen im Gesundheitswesen gefordert. So sah der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz, ein gutes Wahlergebnis für die Zahnärzte, was deutlich in Richtung mehr Selbstverantwortung und Freiheit im Gesundheitswesen ziele. „Mit einer schwarz-gelben Regierungskonstellation können wir die nötigen Reformen in der zahnmedizinischen Versorgung gesetzlich Krankenversicherter endlich angehen", sagte Fedderwitz nach der Wahl. Entscheidend sei, dass nun dringende Reformschritte in der vertragszahnärztlichen Versorgung ohne langes Warten in Angriff genommen werden. „Wir brauchen die längst überfällige Anpassung der Zahnarzt-Honorare im Osten an das West-Niveau und müssen gemeinsam die Abschaffung der Budgets angehen", forderte Fedderwitz. Das seien politische Altlasten der Großen Koalition, die das neue Regierungsbündnis schnell beseitigen sollte. Ferner gäbe es auch die Chance, das Projekt elektronische Gesundheitskarte neu zu überdenken. Laut dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Peter Engel, sei der Wahlausgang auch ein Signal für die überfällige Anpassung des Gesundheitswesens an die Realitäten hierzulande. Konkret erwarte Engel den von Bundeskanzlerin Merkel vor der Wahl angekündigten konstruktiven Dialog von Politik und Berufsstand zur nachhaltigen Neustrukturierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ). Die Selbstverwaltung der Ärzte und Zahnärzte müsse als starke Interessenvertretung ihrer Mitglieder erhalten bleiben. Eine Anpassung des deutschen Gesundheitssystems an die neuen nationalen und europäischen Realitäten sei ebenso nötig. Die deutsche Zahnärzteschaft stehe laut Engel für entsprechende Gespräche mit ihrer Fachkompetenz zur Verfügung.

Vor einer Herkulesaufgabe steht nach Ansicht der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) die neue Bundesregierung. Laut dem Vorsitzenden des Vorstandes der KZVB, Dr. Janusz Rat, hinterlasse die scheidende Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) ihrem Nachfolger ein schweres Erbe. „Nur unter Einbeziehung aller Akteure im Gesundheitswesen können wir aus einem sozialistischen wieder ein soziales Gesundheitssystem machen", erklärte Rat. Die staatliche Bevormundung habe in den letzten Jahren zu großer Frustration geführt. Damit müsse jetzt Schluss sein. „Wir Zahnärzte wollen uns endlich wieder auf unseren Beruf konzentrieren – zum Wohle unserer Patienten", so Rat weiter. Dazu brauche es aber die entsprechenden Rahmenbedingungen. So sei die Budgetierung zahnärztlicher Leistungen ein Anachronismus, der umgehend abgeschafft werden müsse. Außerdem sei eine Anpassung der GOZ nach 20 Jahren überfällig. Rat hofft, dass es auch bei der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) ein Umdenken gibt. „Dieses Projekt kostet Milliarden und nutzt niemandem." Schwarz-Gelb sollte daher den Mut haben, die eGK abzuschaffen. Auch der Gesundheitsfonds gehört nach Ansicht der KZVB so schnell wie möglich abgeschafft. (KZBV, BZÄK)

Hausmann Cartoon